

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 8/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



**Katja Kipping & Rico Gebhardt beim
Besuch in Plauen am 12. Juli 2018.**

Bericht: Seite 3

www.dielinke-vogtland.de

DIE LINKE.

KEIN ZUSAMMENSCHLUSS VON ORCHESTERN

LINKE kritisieren die Pläne der CDU Kreistagsfraktion zum Zusammenschluss der Vogtland Philharmonie Greiz/Reichenbach e.V. und dem Theater Plauen-Zwickau gGmbH

In der vergangenen Woche wurde durch Presseberichte bekannt, dass eine Arbeitsgruppe der CDU-Fraktion im Kreistag des Vogtlandkreises sich dafür ausspricht, die im Vogtland ansässigen Orchester Vogtland Philharmonie Greiz/Reichenbach und das Orchester des Theaters Plauen-Zwickau zusammenzulegen.

Für die Kreisrätin der LINKEN und Vertreterin ihrer Fraktion im Vorstand der Vogtland Philharmonie Greiz/Reichenbach, Agnes Descher, ist es ein mehr als nur schlechter Plan. „Für mich ist es wieder mal ein Versuch der vogtländischen CDU, Gelder im Kulturbereich einzusparen. Beide Orchester sind wichtig für das Vogtland und bedienen verschiedene Gruppen an Zuhörerinnen und Zuhörern. Besonders, dass man diesen Vorschlag öffentlich

macht, ohne einmal mit dem Theater gesprochen zu haben, ist schon sehr unverständlich.

Für DIE LINKE ist ein Reduzieren unserer Kulturlandschaft der absolut falsche Weg. Eine Region, in der Musik und Kultur zum Leben der Menschen und zur touristischen Außendarstellung gehört, muss mehr und nicht weniger in Kultur investieren.

Hier braucht es ein Orchester wie die Vogtland Philharmonie, die auch als Botschafter für unsere Region unterwegs ist. Diese sollte dann nicht durch Theaterspielpläne daran gehindert werden. Genauso braucht es aber unser Theater in Plauen, welches einen wichtigen kulturellen Beitrag, nicht nur im musikalischen Bereich, für das ganze Vogtland leistet.

Würde es der CDU um die Kultur an sich gehen, dann hätte sie unseren damaligen Antrag auf Unterstützung des Theaters in Plauen durch den Vogtlandkreis, zugestimmt“

Landtagsabgeordnete und ebenfalls Kreisrätin Janina Pfau ergänzt: „Gerade jetzt wäre es töricht, unsere Orchesterlandschaft zu verändern. Der Freistaat Sachsen will nach langem Kampf endlich mehr Geld in für unsere Orchester zur Verfügung stellen. Denn ein wichtiger Aspekt ist eine gute Bezahlung für unsere Musikerinnen und Musiker, damit erledigt sich auch das Problem des Nachwuchses von allein.“~

**Gemeinsam
mehr werden.
Gerechtigkeit
ist machbar.**

BERICHTIGUNG ZU MEINEM ARTIKEL "WIR KÖNNEN UNS DEBATTEN LEISTEN" IM VOGTLANDBOTEN VOM JULI

Elke Breitenbach hatte auf dem 6. Bundesparteitag wütende Vorwürfe gegen Sahra Wagenknecht erhoben, weil sie die Meinung vertritt, dass ein "Bleiberecht für alle" nicht realisierbar ist. Ich hatte dazu geschrieben: "Elke Breitenbach ist im Berliner Senat Senatorin für Integration, Soziales und Arbeit. Im vergangenen Jahr hat Berlin mehr als 1.600 Geflüchtete abgeschoben, sie wurden also unter ihrer Leitung und Verantwortung ausgewiesen." Richtig ist: Die Verant-

wortung für die Ausweisung von Geflüchteten liegt beim Innensenator, also bei Andreas Geisel (SPD), nicht bei der Senatorin für Integration, Soziales und Arbeit.

Bei meiner Kritik bleibe ich trotzdem: Wo blieb bei den Ausweisungen ihr Aufschrei? Trägt sie als Mitglied des Senats überhaupt keine Mitverantwortung? Und vor allem: berechtigt sie diese Situation zur herausgeschrienen Forderung, sie erwarte von Sahra

Wagenknecht, dass sie die (angebliche D.W.) Mehrheitsmeinung dieser Partei achte, und zum Vorwurf, dass Sahra die Partei zerlege? Ich denke: Ihr Vorwurf an Sahra "Das ist unglaublich" gilt für sie selbst, nicht für Sahra.

Dr. Dorothea Wolff

© Jakob Huber

dielinke-vogtland.de

MIT KATJA KIPPING UNTERWEGS

hieß es am Donnerstag den 12. Juli 2018 in Plauen.

Gegen 13.00 Uhr startete der Tross an Teilnehmern, welche die Gelegenheit nutzen wollten mit der Bundesvorsitzenden Katja Kipping und den Landtagsabgeordneten Janina Pfau und Rico Gebhardt ins Gespräch zu kommen. Die zahlreich erschienenen Gäste bildeten eine bunte Gemeinschaft mit den unterschiedlichsten Themen, welche sie bei den Abgeordneten an den Mann bzw. die Frau bringen wollten.

Da die Wanderung unter dem Titel „Barrierefreies Wandern“ stand, war besonders erfreulich, dass Vertreter des Vital e.V., unter ihnen der Vorsitzende Steffen Marquardt und die Beauftragte für Menschen mit Behinderung im Vogtlandkreis, Dagmar Nauhuß anwesend waren. Bei der Wanderung konnte man mit eigenen Augen feststellen, auch im Vogtlandkreis ist Barrierefreiheit noch lange nicht im Alltag angekommen. Auf dem Weg von der Anton-Kraus-Str. hin zum Alten Postweg, über die Streichhölzer-

brücke und dann entlang der Elster auf dem Elsterradweg waren die verschiedensten Schwierigkeitsgrade eines „barrierefreien Weges“ zu meistern. Herr Marquardt sagte dazu: „Beim Laufen kann man gut reden, außer man hat einen Elektrorollstuhl, da muss man auf den Weg achten.“

Barrierefreiheit bedeutet allerdings auch weit mehr als nur eine ebene Fläche, auf der sich Menschen im Rollstuhl allein ohne fremde Hilfe bewegen können. Nein barrierefrei bedeutet die Gestaltung der baulichen Umwelt, sowie Kommunikation, Systeme der Information, Verkehrsmittel und technische Gebrauchsgegenstände müssen so gestaltet sein, damit sich Menschen mit Beeinträchtigung ohne Einschränkungen und ohne fremde Hilfe bewegen können und damit für sie die Teilhabe am täglichen Leben gesichert ist.

Viele interessante Gespräche kamen auf dem Weg bis hin zum Neustadt-

platz zustande. Sicherlich hätte die zur Verfügung stehende Zeit noch etwas länger sein können, aber am Nachmittag gegen 15:30 Uhr schloss sich noch eine historische Stadtführung mit unserem Genossen Daniel Herold an. Er vermittelte allen Teilnehmern viel Wissenswertes und Interessantes zu unserer schönen Stadt Plauen. So war es dann auch verständlich, dass sich Katja Kipping und Rico Gebhardt am Ende des Rundgangs herzlich bedankten für die zahlreichen neuen Eindrücke, welche man bei der Führung durch Plauen erhalten hatte.

Zuvor gab es noch ein Treffen zwischen Janina Pfau, Rico Gebhardt, Katja Kipping und Vertretern verschiedener Jugendhilfeträger zu deren Problemen im Bereich Jugendhilfe und Schulsozialarbeit.

Elke Jacob



EIN AUßERGEWÖHNLICHER LEITANTRAG AN DEN LANDESPARTEITAG

Eigentlich schlägt ein Leitantrag die "politische Linie" der Parteiarbeit für einen begrenzten künftigen Zeitraum vor. Der Leitantrag unseres Landesparteitages vom November 2017 formulierte z.B., was die "Schwerpunkte unserer Arbeit in den kommenden zwei Jahren sind". Also bis Ende 2019. Nun kann es natürlich immer sinnvoll sein, Aufgaben zu präzisieren oder auch zu korrigieren, je nach aktueller politischer Situation.

Der Leitantrag an den kommenden Landesparteitages am 25. August ist anders: Er schlägt keine Ziele und Inhalte zur Beschlussfassung vor, sondern ein Verfahren, nämlich zum Umgang mit dem "Alternativen Landesentwicklungskonzept Sachsen Aleksa II".

Aleksa I und Aleksa II wurde von unserer Landtagsfraktion erarbeitet. Aleksa I erschien 2004 als "realistische Ziel- und Wegbeschreibung für die nächsten 10 bis 15 Jahre". Es sollte ein Angebot sein zum Dialog über die besten Ideen und Konzepte für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen. Der 12. Landesparteitag bat dann 2015 unsere Landtagsfraktion, nach dem Vorbild von Aleksa I ein Leitbild zu erarbeiten "wie wir uns Sachsen vorstellen". Aleksa II liegt nun als Entwurf vor, und unser nächster Landesparteitag soll diskutieren und beschließen, wie der Landesverband mit diesem Entwurf umgehen wird. Der Landesvorstand empfiehlt, die Arbeit an Aleksa II fortzusetzen, die derzeitigen Arbeitsergebnisse in die Diskussion zu den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2019 aufzunehmen und

Aleksa II in den Orts- und Kreisverbänden sowie den Landesweiten Zusammenschlüssen zu diskutieren.

Diesen Verfahrensvorschlägen sollten die Parteitage delegierten unbedingt zustimmen.

Beschlussvorschläge auf Parteitag sind immer zu begründen, wobei die Begründungen nicht Bestandteil der zu treffenden Beschlüsse sind.

In der Begründung des genannten Leitantrages macht der Landesvorstand deutlich, welche Richtung die Diskussion und damit die Weiterentwicklung von Aleksa II nehmen soll:

- Wir wollen eine "Neuaufstellung für eine zukunftsfähige sächsische LINKE".
- Wir wollen uns wieder mutiger in die Wahlkämpfe 2019 begeben.
- Wir wollen andere Wege beschreiten,
- Dazu ist "der einzig sinnvolle Weg", dass "wir wissen, wo wir hinwollen - wenn gleich Vieles nicht morgen realisierbar sein wird".
- "Wir haben die Aufgabe, auf gesellschaftliche Entwicklungen Antworten zu finden, linke Lösungsansätze zu formulieren, die auch jenseits der derzeitigen ordnungspolitischen Rahmen liegen."
- Zu den "einfachen Antworten der Rechten" - Abschottung und Deutsch-Nationales, müssen wir Vorschläge machen, "die auf Prinzipien des Humanismus und des Solidarischen beruhen".
- "Wir brauchen Vorschläge, die auch einen Gegenentwurf zum kapitalistischen System darstellen."
- Das "Bild von Sachsen", das wir entwerfen wollen, das "unseren Idealen entspricht", muss mutig sein und Lust darauf machen, "bei uns mitzuwirken und uns zu wählen".

Zusammengefasst heißt das

- 1.) DIE LINKE Sachsen soll sich neu aufstellen, andere Wege gehen, mutiger sein. Im vorbereitenden Beschluss des Landesvorstandes B 6 -086 wird angegeben, dass auf dem Parteitag eine Richtungsentscheidung zu treffen ist.
- 2.) DIE LINKE Sachsen soll ihre "Vision von Sachsen" ausarbeiten, die auch Merkmale enthält, die in absehbarer Zeit ("morgen") nicht realisierbar sind und einen Gegenentwurf zum kapitalistischen System darstellen.
- 3.) Den einfachen Antworten der Rechten - Abschottung und Nationalismus - soll DIE LINKE Sachsen mit humanistischen und solidarischen Vorschlägen begegnen.
- 4.) Die "Vision von Sachsen" soll motivieren, bei der LINKEN mitzuarbeiten und sie zu wählen.

Die Begründung zum Leitantrag gibt sicher wichtige Impulse für die künftige Parteiarbeit, wirft m.E. aber auch folgende strategische Fragen auf:

- Berechtigt wird zur Diskussion über unsere Vision von Sachsen aufgefordert. Genügt aber die Ausarbeitung unseres "Bildes von Sachsen",
- um auf heutige Probleme realitätsgerechte Antworten zu finden, z.B. auf die menschenfeindliche Politik der Rechten?
- um verändernd auf gegenwärtige politische Verhältnisse einzuwirken, also eingreifende Politik zu machen?
- um Menschen zu gewinnen, sich aktiv bei uns einzubringen, z.B. beim Kampf gegen weltweite Armut und soziale Ungerechtigkeit?

Zu fragen wäre auch, wozu mehr Mut aufgebracht werden muss:

zur Erarbeitung und Propagierung unserer Visionen oder für die alltägliche aufreibende theoretische und praktische Kleinarbeit und die erforderlichen Auseinandersetzungen, um dem derzeitigen unmenschlichen Gesellschaftssystem das abzurufen, was aktuell möglich ist und unseren Menschen hilft und was ihnen dadurch Mut und Hoffnung gibt, dass die ungerecht Behandelten und Ausgegrenzten nicht machtlos sind. Und was ihnen zeigt, dass es gerade DIE LINKE ist, die ihnen hilft.

Bei den bevorstehenden Debatten in den Orts- und Kreisverbänden und den Landesweiten Zusammenschlüssen sollte deutlich gemacht werden, dass künftig mindestens genauso viel Kraft und Zeit auf die Erarbeitung der Wege zu unseren Zielen und Visionen aufgewendet werden muss wie auf die Arbeit an unseren Visionen selbst. Eine wichtige Rolle sollte dabei spielen, wie das Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit effektiver und erfolgreicher gestaltet werden kann. Darüber müssen wir gemeinsam mit Vertretern aller Milieus, die wir ansprechen wollen, diskutieren. Die junge vorwiegend akademisch gebildete urbane Linke soll uns dabei unentbehrlich sein!

Dr. Dorothea Wolff

BERICHT AUS KOMMUNALPOLITISCHER SICHT

zur vergangen Sitzung des Parteivorstandes

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Bundesparteitag in Leipzig bin ich als Kandidat der BAG Kommunalpolitik in den Parteivorstand (PV) unserer Partei gewählt worden. Für die Unterstützung und das Vertrauen der kommunalpolitischen Familie unserer Partei möchte ich mich herzlich bedanken. In Zusammenarbeit mit dem Sprecher*innenrat der BAG werde ich regelmäßig über die Arbeit im PV in Sachen Kommunalpolitik berichten.

Auf der ersten Sitzung des neuen PVs Ende Juni wurde ein von mir, in Zusammenarbeit mit dem Sprecher*innenrat der BAG und den zuständigen Fachpolitiker*innen in der Bundestagsfraktion, erarbeiteter Antrag behandelt. Dieser hatte den Titel "Wie gewinnen wir die Dörfer zurück? Den ländliche Raum stärken und Kommunalwahlkämpfe unterstützen".

Folgende Ziele hatte der Antrag: Erstens sollte die Bedeutung der Besetzung von Kommunalmandaten vor allem auch in ländlichen Räumen hervorgehoben werden. Zweitens sollte auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, dass wir einerseits nicht mehr in allen Regionen Menschen finden, die für uns kandidieren und damit nicht mehr alle möglichen Kommunalmandate besetzt werden. Andererseits müssen wir in einigen Regionen erst Menschen finden, um überhaupt einmal Kommunalmandate dort zu besetzen. Das Ziel muss also die Personalgewinnung sein. Drittens hatte der Antrag zum Ziel, dass DIE LINKE in Form der Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit der BAG

a) durch Anregungen und Konzepte inhaltlich,

b) durch die Vermittlung von Wahlkampfunterstützer*innen sowie technischer Ausrüstung organisatorisch und

c) durch Expert*innen sowie Red-

ner*innen mit know-how alle an linker Kommunalpolitik interessierten Menschen, insbesondere im ländlichen Raum, unterstützt.

Außerdem „verpflichteten“ sich der PV und die Bundesgeschäftsführung in dem Antrag, die BAG Kommunalpolitik bei zentralen Vorhaben zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 zu unterstützen. Zusätzlich wurde der Bundesgeschäftsführer in dem Antrag beauftragt, in Kooperation mit den Landesverbänden die Kreisverbände bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 zu unterstützen.

Der Antrag ist einstimmig und ohne Diskussion angenommen worden. Dies zeigt, dass die Mitglieder des PV uns Kommunalpolitiker*innen ernst nehmen und uns im kommenden Jahr zu den Kommunalwahlkämpfen unterstützen.

In Zusammenhang mit dem Antrag ist auch über den LINKEN KOMMUNALKONGRESSES 2018 beraten worden. Dieser wird am 2. und 3. November im ABACUS-Tierparkhotel in Berlin stattfinden. Konkrete Infos dazu erhaltet Ihr in den Landesgeschäftsstellen. Falls Ihr Fragen zur Arbeit des PV habt oder Ihr Themen dort behandelt wissen wollt, dann scheut Euch bitte nicht, mich jederzeit zu kontaktieren.

Tobias Bank



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de

DER ZUSTAND DER BILDUNG IN SACHSEN IST UNERTRÄGLICH

Die rigorosen Streichpläne des Kultusministers sind nur ein symptomatisches Beispiel dafür, wie seit Jahren Fehlentscheidungen der Politik kaschiert und als alternativlos durchgesetzt werden sollen. Entgegen den Erfahrungswerten und besseren Wissens der Betroffenen negiert man zu oft die natürlichen, die logischen und bestens durchdachten Vorschläge und Reaktionen der Sachkundigen.

Es geht nicht um die Entlastung der Schüler, sondern nur um die Einsparung von 770 Lehrern. Da viele Lehrer Teilzeit arbeiten, könnten sogar noch mehr Lehrer eingespart werden. Alles andere ist meiner Ansicht nach nicht die Wahrheit. Die Kürzungen sind ein Verbrechen an unseren Kindern. Sie geraten ins Hintertreffen im Vergleich zu den Schülern in anderen Bundesländern. Wieder einmal bestätigt es sich, dass Politiker nicht wissen, was sie tun, und dass nur das Geld zählt und nicht unsere Kinder, die unsere Zukunft sind. Wie sagt doch Goethes Faust: „Am Gelde hängt, zum Gelde drängt...“ Dies ist eine große Schande für unser Land.

Dieter Riedler



NEIES VON DAR META

Ne Mittwoch is de Neideiteln miet dor Vuuchtlandbahn ze iehrer Freindin Meta nooch Falknstaa gefahrn. Weil ab Moontooch Schulferien sei, hamm die Zweek Weible dor Meta ihr Enkele Paulchen mietgenomme in sei nei ne Tiergartn gange. Dor klaane hott siech scha lang drauf gefreit, die klaan Zieng un Scheffle ze streicheln un de Zieble von de Entn un Gäns ze fittern.

Klei neem ne Streichlzoo un Teich sei de Meta un de Neideiteln na de Imbißbud Kaffeetrinkn gange. Darzu hamm se frisch gebacknen Pflaumekuung gessen, den de Meta von dorhaam mietgebracht hott. Sie froocht de Neideiteln: „Hoste aa dein neien Rentnbescheid krischt?“

Haa, soocht die itze krie iech 25€ mehr, aber de neien Wassergebührn, nei Preise bei dor Post un de Heizölpreise, die weeng der Topfsau von Ami-Präsident Trump seiner Sanktionspolitik nach oben geschossen sei, fressen die Rentnererhöhung wider auf.

Drauf de Meta. „Doo hoste leider recht, alles werd miet schönen Wortn wie „angepasst“, „angeglichen“, „angehoben“ nei Leitn untargejubelt. Su is halt de Politik

Miet großn Tamtam steckn se dar woas nei de rechte Tasch und still un leise holn se dess aus dor linkn Tasch wider raus.“

Dieter Riedler



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, liest regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: kontakt@dielinke-vogtland.de

GEMEINSCHAFTSTONNEN IST KEIN VERURSACHERGERECHTES ABFALLSYSTEM

Ab 01.01.2019 tritt die neue Abfallwirtschaftssatzung und die dazugehörige Abfallgebührensatzung im Vogtlandkreis in Kraft. Allerdings gibt es weder in der Abfallwirtschaftssatzung noch in der dazugehörigen Abfallgebührensatzung weder Anreize zur Abfallvermeidung noch zur Abfalltrennung. Für mich ist die neue Satzung eine aktuellere Version der aktuellen Abfallsatzung der Stadt Plauen in Verbindung eines Ident-Systems.

Ob man in einem Mehrfamilienhaus eine 120 Liter Restmülltonne wöchentlich mit einem pauschalen Abfallsystem leeren lässt oder zukünftig zwei 120 Liter Tonnen 14-tägig über ein Ident-System leeren lässt, macht am Ende keinen Unterschied und hat mit Verursachergerechtigkeit überhaupt nichts zu tun. Verursachergerecht ist es erst, wenn jeder einzelne Haushalt das zahlen muss, was dieser auch verursacht hat. Bei dem Abfallverhalten der Mieter in Plauen wird sich bei Gemeinschaftstonnen definitiv nichts ändern, da diese keinen direkten Einfluss auf die Kosten haben. Anders wäre es, wenn jeder Haushalt (Nutzungseinheit) eine eigene Restmülltonne hätte. Hier kann man sich einmal das Abfallsystem des Landkreises Stendal als Vorzeigebeispiel mit Ident-System nehmen. Hier hat jeder Haushalt - egal ob

Mehrfamilienhaushalt oder nicht - eine eigene Restmülltonne. Dort hat jeder einzelne Haushalt direkten Einfluss auf seine Kosten, je nachdem wieviel Müll ein Haushalt eben verursacht. Je nach Abfallverhalten des Haushaltes hat man eben mehr oder weniger Leerungen bzw. mehr oder weniger Leerungsgebühren. Im Vergleich hat der Vogtlandkreis etwa doppelt so viel Restabfallaufkommen (146 Kg/Ea) als der Landkreis Stendal (70 Kg/Ea).

Die zukünftige Abfallwirtschaftssatzung sieht eher ein Gemeinschaftstonnensystem vor, welche in den meisten Fällen nach Wohnfläche umgelegt wird. Was hat denn aber das Abfallaufkommen mit der Wohnungsgröße zu tun? Ist es denn nicht eher so, je mehr Per-

sonen in einem Haushalt leben, desto mehr Abfälle fallen an? Oder verursacht etwa ein 1-Personen-Haushalt in einer 70 m² großen Wohnung mehr Abfälle als wenn dieser in einer 45 m² großen Wohnung leben würde? Ich bin der Überzeugung, dass ein 1-Personen-Haushalt in einer großen Wohnung genauso viel Abfälle verursacht wie in einer kleinen Wohnung. Ein verursachergerechtes Abfallsystem funktioniert nur, wenn jeder Haushalt nur das zahlt, was er auch verursacht hat und funktioniert nur, wenn jeder Haushalt eine eigene Restabfalltonne hat, so wie es aktuell im Altkreis üblich ist.

Die CDU Vogtland ist der Auffassung, dass die Haushalte im Vogtland "etwas" stärker belastet werden. Von "etwas" kann ja wohl kaum mehr die Rede sein! Aktuell beträgt die Grundgebühr für einen 1-Personen-Haushalt in Plauen 37,74 EUR und im Altkreis 43,60 EUR. Zukünftig wird diese 69,00 EUR betragen. Für einen 1-Personen-Haushalt in Plauen ist dies eine Mehrbelastung von 31,26 EUR bzw. im Altkreis eine Mehrbelastung von 25,40 EUR je Jahr. Die Mehrbelastung für einen Plauer 1-Personen-Haushalt beträgt etwa die Höhe eines Chemnitzer Haushalts je Jahr.

Liebe Befürworter: Bevor man ein verursachergerechtes Abfallsystem beschließt, sollte man den Unterschied zwischen Gemeinschaftstonnen und Haushaltstonnen kennen und vor allem sollte man die Gebühren je Haushalt mit anteiliger Gemeinschaftstonne und eigener Tonne pro Haushalt einmal vergleichen.

Ich komme mit meinem Haushalt und einer eigenen Restmülltonne deutlich günstiger.

Eigene Mülltonne 1 x 80 Liter / 4 Leerungen: 3,00 EUR x 4 Leerungen = 12,00 EUR

Gemeinschaftliche Tonne 2 x 120 Liter / 52 Leerungen: 4,50 EUR x 52 Leerungen = 234,00 EUR : 7 Haushalte = 33,43 EUR anteilig.

Mehrbelastung mit Gemeinschaftstonne gegenüber einer eigenen Restmülltonne: 21,43 EUR (1/3 Verursachung und 2/3 Abfälle von anderen Haushalten).

Wenn ich ca. 2/3 für den Müll von anderen Haushalten mit zahlen muss, obwohl ich davon nur 1/3 verursacht habe, dann frage ich mich Herr Landrat: Was hat das bitte noch mit "Verursachergerecht" zu tun?

Auf mich werden dann anteilig ca. 891 Liter umgelegt, habe aber nur ca. 260 bis 300 Liter verursacht. Merken Sie was? Gemeinschaftstonnen können und werden nie "Verursachergerecht" werden, auch wenn Sie das gerne so hätten.

Ich habe auch Zweifel an der Höhe der Grundgebühr von 69,00 EUR je Haushalt. Die Höhe der Gebühr kommt fast der Gebühr je Haushalt in der Großstadt Hamburg gleich. Wie kann es denn sein, dass man im Landkreis Bautzen nur eine Grundgebühr in Höhe von 26,16 EUR je Haushalt hat bzw. in Chemnitz 32,16 EUR je Haushalt? Die zukünftige Grundgebühr im Vogtlandkreis im Vergleich mit dem Landkreis Bautzen und Chemnitz zeigen, dass im Vogtlandkreis irgendetwas nicht richtig laufen kann. Sowohl der Landkreis Bautzen, Chemnitz und zukünftig der Vogtlandkreis haben alle in Sachsen eine Grundgebühr je Haushalt. Zwischen der Grundgebühr je Haushalt im Vogtlandkreis und Chemnitz bzw. Landkreis Bautzen liegen aber Welten dazwischen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Patrick Seidel

ANTIFASCHISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN

„Wenn die AfD in Sachsen meint, die Antifa‘ verbieten lassen zu wollen, beweist sie damit nur eines: sie hat den Antifaschismus bis heute nicht verstanden“, so Silvio Lang, stellv. Landesvorsitzender der sächsischen LINKEN und Sprecher für antifaschistische Politik des Landesvorstandes, anlässlich des Antrages der sächsischen AfD-Fraktion, in dem die sächsische Staatsregierung aufgefordert wird, sich für ein Verbot der „Antifaschistischen Aktion“ und aller Untergruppen einzusetzen.

„Antifaschismus oder kurz Antifa ist keine bestimmbar Gruppe von Menschen, es ist ein Meinungs- und Wertekonsens, getragen von einem Kern: Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Faschismus! Wer diese Werte mitträgt, der ist Antifaschist_in. Wie nötig antifaschistische Arbeit, besonders in Sachsen, weiterhin ist, beweist allein schon die AfD fast wöchentlich. Wer wie erst kürzlich wieder Sinti und Ro-

ma zählen lassen will, dem wird antifaschistischer Widerstand weiterhin sicher sein.

Antifaschistisches Engagement findet sich nicht nur in der LINKEN, sondern auch in vielen Bündnissen, in den Gewerkschaften, in den Kirchen, in außerparlamentarischen Gruppen und ja, auch in Vereinen. Wer ‚die Antifa‘ verbieten will, müsste also einen Großteil der Zivilgesellschaft verbieten. Der will Meinungsfreiheit einschränken.

Das letzte Mal, dass Antifaschismus in Deutschland verboten wurde, war übrigens in der Zeit von 1933 bis 1945. Die AfD zeigt hier deutlich, wohin sie wieder zurück will. Wie damals aber gilt auch heute: Antifaschistinnen und Antifaschisten mag man einsperren wollen, Antifaschismus lässt sich nicht einsperren!“ ~

IN EIGENER SACHE

Datenschutz & Geburtstage

Liebe Genossinnen und Genossen, seit jeher war es Tradition, dass wir auf dieser Seite unseren Geburtstagskindern gratuliert haben. Auf Grund neuer gesetzlicher Regelungen werden wir jedoch ab dieser Ausgabe keine Geburtstage mehr veröffentlichen.

Seit dem 25. Mai 2018 gilt die neue EU-Datenschutzgrundverordnung, kurz auch DSGVO genannt. Sicher habt ihr aus diesem Grund schon Schreiben von Versicherungen, Banken oder anderen Unternehmen bekommen. Diese Datenschutzgrundverordnung schränkt die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten erheblich ein. Genau bedeutet das, dass wenn wir hier an dieser Stelle einem Jubilar gratulieren wollen würden müssten wir von jedem Jubilar eine, nachweislich persönliche Einverständniserklärung vorliegen haben und auch diese müsste wiederum dokumentiert werden.

Für DIE LINKE ist Datenschutz ein wichtiges Thema, gerade in einer immer stärker digitalisierten Gesellschaft, daher nehmen wir den Schutz eurer Daten mehr als ernst, ob im Vogtlandboten oder anderswo.

Jan Windisch
für die Redaktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehenen Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.07.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.08.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht – Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.